

Kümmern statt Kürzen.

Unsere Ideen für einen
gerechten Vogelsbergkreis

WahlPROGRAMM

Die Linke

Programm zur Wahl des Kreistages 2026
beschlossen von der Mitgliederversammlung am 29. September 2025 in Alsfeld

Die Linke Vogelsberg
Volkmarstr. 3, 36304 Alsfeld

info@linke-vogelsberg.de
www.linke-vogelsberg.de
Instagram: linke_vogelsberg

V.i.S.d.P. Claus Rauhut

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Sozialökologische Wende	4
Sozialpolitik	7
Gegen den Rechtsruck und für eine starke Demokratie im Vogelsberg	8
Migration	8
Gesundheitsversorgung – gut und wohnortnah	9
Geschlechtergerechtigkeit	10
Bildung	10
Inklusion	11
Jugendförderung ausbauen	11
Volkshochschule stärken	12
Sport	12
Bauen und Wohnen	12
Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sozial und ökologisch gestalten	13
Demokratie	14
Sparkasse	14
Für eine solide Kommunalfinanzierung durch Bund und Land	14
Digitale Teilhabe sicherstellen	15

Einleitung

In seinem Buch „Das Landleben“ unterscheidet der Kulturgeograph Prof. Dr. Werner Bätzing fünf Typen ländlicher Räume. Der Vogelsberg gehört zweifellos in die letzte Kategorie: strukturschwache periphere ländliche Räume, die gekennzeichnet sind von geringer Bevölkerungsdichte, noch geringerer Arbeitsplatzdichte, lückenhafter Infrastruktur, deutlich ausgeprägter Abwanderung und Überalterung und einer hohen Zahl an Auspendlern. „Die zentrale Herausforderung besteht darin, die negative Spirale zu durchbrechen, die durch Bevölkerungsrückgang und Überalterung eingesetzt hat. Das wichtigste Ziel wäre es, die Bevölkerung dieser Räume dauerhaft zu stabilisieren, was ohne Zuwanderung nicht möglich ist“, erläutert der Wissenschaftler. (Bätzing, S. 250)

Wir müssen also Zuwanderung als Chance und Notwendigkeit begreifen, nicht als Bedrohung. Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die gleichen Rechte und Chancen haben. Dazu braucht der ländliche Raum entsprechende Mittel für eine gelingende Integration sowie eine Nachteilsfinanzierung, damit die Gemeinden funktionsfähig bleiben und es nicht zu Schließungen von Schulen, Schwimmbädern oder Kindergärten kommt oder diese Leistungen zu hohen Gebühren angeboten werden müssen.

Sozialökologische Wende

Wenn wir unseren Kindern eine Welt hinterlassen wollen, auf der es sich für alle Menschen zu leben lohnt, dann müssen wir sehr schnell radikale Schritte gehen um die drohenden Katastrophen zu verhindern. Wir brauchen energische und effiziente Maßnahmen zu mehr Umwelt- und Klimaschutz, für eine Verkehrswende und für eine Gesellschaft, die sich mehr an der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen als an den Gewinnen von Superreichen orientiert, für die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt und gegen die Verseuchung der Böden. Wir müssen die Landwirtschaft umbauen, um sie sozial und ökologisch verträglich und nachhaltig zu machen sowie regionale Kreisläufe fördern. Eine nachhaltige Landwirtschaft muss gesunde Nahrungsmittel produzieren und dabei Tier- und Umweltschutz gewährleisten. Dabei ist es uns wichtig, für eine sozial ausgewogene Verteilung der Kosten zu sorgen. Die Finanzvermögen der Superreichen sind im vergangenen Jahr um etwa 16 % gestiegen, während tausende Arbeiter*innen, Angestellte und Soloselbständige um ihre wirtschaftliche Situation bangen. Das verschärft die soziale Kluft und ist das Gegenteil von „sozial ausgewogen“. Das Aufstiegsversprechen durch Bildung wurde gebrochen. Davon profitiert aktuell insbesondere die AfD.

Energiewende

Im Vogelsberg wurde schon einiges für die Energiewende geleistet, das muss erhalten und noch ausgebaut werden. Doch die Koalition aus CDU und SPD im Kreis hat nach wie vor den Ernst der Lage nicht begriffen. Auch die OVAG könnte als den Mitgliedskreisen gehörendes Unternehmen viel mehr für eine wirkliche Energiewende leisten. Leider verhindern die große Koalition aus CDU und SPD sowie die

privatwirtschaftliche Organisation (in Aktiengesellschaften und GmbHen) weiterreichende Schritte und umfassende demokratische Kontrolle. Der Kreis sollte mit seinen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die Genehmigung von Photovoltaikanlagen durch die OVAG deutlich schneller erfolgt. Der Bau von Speicherungsanlagen und der Netzausbau sind wichtige Faktoren in den kommenden Jahren. Ein Ausbau von Windkraftanlagen in für Mensch sowie Flora und Fauna verträglichen Maßen und mit deutlich höheren Gewinnbeteiligungen für die betroffenen Kommunen oder Bürgergenossenschaften sind notwendig und sinnvoll. Auf kommunalen Gebäuden sollte weiter in Photovoltaikanlagen investiert werden.

Die Linke unterstützt lokale und regionale Energie- und Umweltprojekte, zur Verbesserung der ökologischen Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer Energieerzeugung, sowie die Bildung lokaler Energiegenossenschaften, die dies umsetzen. Der bezahlbare Zugang zu Energie ist ein Menschenrecht und soll durch entsprechende Tarife realisiert werden. Eine wichtige Maßnahme zur Energieeinsparung sind hohe Energiegebühren bei Überschreitung eines Grundkontingents.

Verkehrswende

Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Grundlegende Mobilitätsbedürfnisse müssen unabhängig vom Geldbeutel für alle umweltfreundlich gewährleistet werden. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umstiegsmöglichkeiten sowie

sozialverträglichen Tarifen bis hin zum Nulltarif. Einen unentgeltlichen Nahverkehr sehen wir als Vision, auf die wir hinwirken wollen. Wohin große Straßenbauprojekte wie der Lückenschluss der A49 führen haben wir gesehen: mehr Verkehr, mehr Staus, mehr Belastungen für die Anwohner*innen und die Umwelt.

So ist auch die Ortsumgehung von Lauterbach und Wartenberg ein komplett aus der Zeit gefallenes Projekt und die Planungen müssen sofort beendet werden. Stattdessen brauchen wir einen deutlichen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs mit attraktiver Taktfrequenz auch und gerade im ländlichen Raum, mehr und bessere, vor allem sichere Wege für Radfahrer und Fußgänger, eine schrittweise Verbannung des motorisierten Individualverkehrs aus den Innenstädten. Der zweispurige Ausbau der Vogelsbergbahn, die Anbindung an andere Gleisstrecken, der Ausbau von Anschlüssen an Gewerbe- und Industriegebiete, um deutlich mehr Fracht auf die Schiene zu bekommen, die Einführung einer Ringbahnlinie für bessere Verbindungen in das Rhein-Main-Gebiet (Alsfeld – Gießen – Frankfurt – Hanau – Fulda – Lauterbach – Alsfeld) sowie ein modernes Antriebssystem könnten die Vogelsbergbahn zukunftsfähig und sehr viel attraktiver machen. Sowohl die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Haltepunkte (Wallenrod, Renzendorf, Altenburg) als auch eine parallele Regionalexpresslinie wären bei Zweigleisigkeit machbar. Dann wären endlich pünktliche Züge und eine zufriedenstellende Taktung möglich.

Ein Ausbau der Ladeinfrastruktur, insbesondere im Schnellladebereich, ist notwendig.

Für alle Kinder und Jugendlichen in einem Bus muss ein Sitzplatz mit Sicherheitsgurt vorhanden sein. Völlig überfüllte Schulbusse sind ein Unding. Das Fahrradkonzept für den Kreis, mit viel Tamtam angekündigt, ist zwar äußerst gelungen, es wird aber nahezu nirgendwo realisiert.

Die Linke Vogelsberg setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik und verkehrliche Entwicklung im Vogelsberg ein. Diese muss sich drei Herausforderungen stellen:

- gute Verbindungen zu den außerhalb des Kreises liegenden Zentren entlang der Auspendelstrecken zu schaffen,
- gute Verbindungen zu den im Kreis liegenden Städten Alsfeld, Homberg, Lauterbach, Schlitz und Schotten zu schaffen, um deren Erreichbarkeit und Attraktivität zu erhöhen,
- moderne Konzepte für die Dörfer zu realisieren, um sie lebenswert zu erhalten.

Die Linke Vogelsberg setzt sich dafür ein, den Kreis zu einem verkehrspolitischen Modell zu entwickeln. So können Forschungs- und Fördergelder erschlossen werden, die die

Investitionen mittragen, die der Vogelsbergkreis nicht aus eigenen Mitteln realisieren kann.

Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) stellt einen wichtigen Baustein der Verkehrswende dar. Der Fehler vergangener Jahre, den ländlichen Raum weitgehend von der Schiene abzukoppeln, muss dringend und umfassend korrigiert werden.

Der ticketfreie ÖPNV ist für uns ein Schlüsselprojekt. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, wie stark Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, wenn der Preis stimmt. Einfach Einsteigen ist auch ein Stück Freiheitsgewinn für alle – vor allem für diejenigen, die sich Mobilität kaum mehr leisten können. Das im Wetteraukreis laufende Pilotprojekt Kostenloses Oberstufen- und Berufsschulticket sollte auf den Vogelsbergkreis ausgedehnt werden.

Der Vorrang des Autoverkehrs hat sich als Sackgasse erwiesen. Vielmehr müssen moderne Konzepte des ÖPNV, der gemeinschaftlichen Nahmobilität und der Radmobilität entwickelt und intelligent verknüpft werden. Diese Verkehrswende schafft viele neue Impulse und erhöht die Attraktivität der Region. Bahn, Bus, Fahrradwege, Car- und Bikesharing und Verbindungen autonom fahrender Verkehrsmittel sind die Säulen dieser verkehrspolitischen Zukunft.

Eine solche verkehrspolitische Offensive erhöht die Attraktivität des Vogelsbergkreises. Sie braucht politischen Willen und neues Denken.

Weniger Emissionen an CO₂, Stickstoffoxiden, Feinstaub, Lärm, deutlich geringere Unfallzahlen – all dies ließe sich sehr einfach mit entsprechenden Tempolimits erreichen. Leider verhindern die Unionsparteien mit der Raserlobby seit Jahren solche Fortschritte. Wir fordern:

- a) 120 km/h auf Autobahnen
- b) 80 km/h auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen
- c) 30 km/h innerorts
- d) verstärkt nächtliche Durchfahrtsverbote für LKW in Ortschaften

Agrarpolitik

Die Agrarpolitik steckt in einer Sackgasse fest. Die industrielle Landwirtschaft trägt eine Mitschuld an dem Verschwinden vieler Arten, sie schädigt Böden, verschmutzt das Wasser und treibt die Klimakrise voran. Skandalöse Zustände in der Massentierhaltung und der Lebensmittelproduktion müssen endlich beendet werden.

Die Linke will eine Landwirtschaft, die sich an regionaler Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Versorgung orientiert und nicht am Export und der Gewinnmaximierung von Konzernen. Lebetiertransporte müssen drastisch eingeschränkt werden. Die Möglichkeit mobiler Schlach-

tungen auf der Weide wäre ein wichtiger Beitrag zum Tierschutz, würde die Wertschöpfung im ländlichen Raum halten und eine verbesserte Qualität liefern.

Innerhalb der Erzeugerkette muss es eine faire Risiko- und Gewinnverteilung geben. Dass Landwirt*innen das größte Produktionsrisiko tragen, aber dafür den geringsten Gewinn erwirtschaften und dazu nicht einmal kostendeckend produzieren können, ist inakzeptabel.

Die Linke fordert eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik, die sowohl sozial als auch ökologisch und tiergerecht ist. Die flächengebundene Tierhaltung ist für uns ein Schlüssel dazu. Das Ziel ist eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft, in der Tiere respektvoll behandelt, das Klima geschützt und die biologische Vielfalt gesichert werden. Bäuerinnen und Bauern muss ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht werden. Zentrale Forderungen sind ein Ende der Massentierhaltung, gentechnikfreies Essen, eine pestizidarme Landwirtschaft, eine deutliche Stärkung des Ökolandbaus und der regionalen Vermarktung sowie verständliche Kennzeichnungen auf Lebensmitteln. Die Weidehaltung muss gegenüber der Stallhaltung gefördert werden.

Eine Reduzierung der Viehhaltung und eine gleichzeitige Förderung von Obst- und Gemüseanbau ist aus ökologischer, gesundheitlicher und flächeneffizienter Sicht sinnvoll: Sie verringert den Ressourcenverbrauch (Ackerflächen), reduziert Treibhausgase und Schadstoffe, fördert eine gesunde Ernährung, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen kann und gibt der Natur mehr Raum zurück.

In der Forstwirtschaft müssen wir weg von Monokulturen, hin zu (Klima-)Resilienz und Nachhaltigkeit. Wir streben daher eine umwelt- und standortgerechte Nutzung der Wälder sowie eine nachhaltige, naturnahe Waldbewirtschaftung an. Der Umbau von Monokulturen zu Mischwäldern und ein ausgewogenes Wassermanagement bilden Bausteine für einen Wald der Zukunft.

Auch hier im Vogelsberg werden immer mehr landwirtschaftliche Flächen im Bewässerungsanbau betrieben. In Verbindung mit der Lieferung immer größerer Mengen an Trinkwasser zu Dumpingpreisen in die Rhein-Main-Region drohen schwere Nutzungskonflikte. Wir brauchen daher eine wasserwirtschaftliche Gesamtplanung und die wasserliefernden Regionen müssen für den Aufwand, den sie dafür betreiben adäquat entschädigt werden. Dazu braucht es die Wiedereinführung eines Wassercentrs.

Für den Vogelsberg bedeutet dies, dass insbesondere mit der Rhein-Main-Region über massive Einsparungen und Selbstversorgung dort verhandelt werden muss. Im Wahlprogramm der Frankfurter Linken gibt es Ideen dazu, bei anderen Parteien nicht. Doch nicht nur in Frankfurt, sondern auch hier vor Ort, wäre es sinnvoll, für Neubauten eine Brauchwassernutzung (sowie eine Solaranlage) verpflichtend zu machen und finanziell zu fördern. Wir

begleiten aktiv das „Teilräumliche Wasserkonzept Vogelsbergkreis“, ein vom Land Hessen gefördertes Projekt, das die Wasserversorgung im Vogelsberg resilienter gegen die Folgen des Klimawandels machen soll. Wir hatten ein solches Konzept gefordert, das die Wasserversorgung zukunftsfähig gestalten und die Widerstandsfähigkeit der Kommunen gegen klimabedingte Herausforderungen stärken sollte.

Abfall

Auch das beste Produkt ist irgendwann verschlissen und nicht mehr sinnvoll weiterverwendbar. Über die Wertstoffpolitik sollen die nutzbaren Materialien aller Produkte erfasst und wiederverwendet werden. Unser Ansatz ist, dass bei jedem Produkt der Hersteller/Händler eine Entsorgungsabgabe leisten muss. Die Höhe richtet sich nach den Kosten für die Erfassung und nach ökologischen Parametern (z.B. Ausmaß giftiger Bestandteile, Aufwand für Recycling). Eine zentrale Stelle legt die Entsorgungsabgabe fest und überwacht die Einhaltung der Vorschriften im Wertstoffsystem.

Die Linke setzt auf eine kommunale Erfassung aller Wertstoffe aus den Haushalten. Auch die Rückgabe von technischen Geräten als Pfandprodukte sollte unter Verantwortung der Kommunen stattfinden. Diese können eine regionale Verwertung unter hohen Umweltstandards gewährleisten, und die Einnahmen aus dem Verkauf gewonnener Wertstoffe werden dann durch niedrigere Abfallgebühren an Verbraucher*innen zurückgegeben.

Die bürokratischen Dualen Systeme (gelbe Tonne), bei denen von 1.000 Euro Einnahmen 600 Euro in die Verwaltung, die Lizenzierung und als Gewinne an Aktionäre fließen, sind abzuschaffen. Bei diesen Dualen Systemen stimmt einiges nicht. Beispielsweise wurden im Jahr 2014 ca. 800.000 Tonnen Verpackungen lizenziert und durften damit in Umlauf gebracht werden, aber fast 2 Millionen Tonnen Verpackungen wurden dann in gelben Tonnen und Säcken erfasst. Stattdessen brauchen wir eine Wertstofftonne. Mit ihr wird Mülltrennung einfacher. Man unterscheidet nur noch nach Materialien – Papier in die Papiertonne, Glas in den Container, Küchenabfälle in die Biotonne, Kunststoff und Metall in die Wertstofftonne, der geringe Rest in die Restmülltonne.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsberg (ZAV) soll die Abfalleinsammlung und den Transport zukünftig wieder in eigener Regie durchführen. Grüngut muss vernünftig verwertet werden, dann braucht es auch keine teuren Gebühren auf den Sammelplätzen mehr. Die Linke fordert deren sofortige Abschaffung.

Reparaturcafés leisten schon heute einen unverzichtbaren Beitrag für eine nachhaltige Lebensweise, sie reduzieren Müll und sparen Ressourcen ein. Das gilt auch für Unverpacktläden oder Läden für abgelaufene aber noch konsu-

mierbare Waren. Die Linke Vogelsberg begrüßt die Initiativen des Klimafairein Oberhessen e.V. auch in diesem Bereich.

Klima- und Artenschutz

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels zeigen sich immer deutlicher auch bei uns: zunehmende Starkniederschläge (Starkregen und Hagel), Dürreereignisse, steigende Maximal- und Minimaltemperaturen oder das Sterben unserer Wälder. Auch wenn im Vogelsberg viel für die Energiewende geleistet wird, so ist das bei weitem nicht genug, um den Klimawandel zumindest deutlich zu begrenzen. Für den Kreis (und alle seine Kommunen) wurde ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept entwickelt. Das ist wirklich gelungen, leider ist seither nichts Konkretes daraus gefolgt. Daher braucht es endlich, wie von uns schon von Anfang an gefordert, eine Politik, die die Umsetzung all der guten Ideen vorantreibt und einen Klimaschutzbeirat aus Expert*innen und Aktivist*innen. Ein wichtiger Beitrag wäre es, auch im Vogelsberg den Klimanotstand auszurufen. Damit würde der Kreis die Eindämmung der Klimakrise und ihrer gravierenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkennen und

feststellen, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen bei weitem nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Experten gehen inzwischen davon aus, dass wir uns, auch bei intensiven Bemühungen aller, eher auf 3 bis 4 Grad Erwärmung einstellen müssen. Dies hätte gravierende Folgen. Daher wäre es angezeigt, dass bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und Lösungen bevorzugt werden, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Darüber hinaus muss aber den Folgen des Klimawandels deutlich mehr Aufmerksamkeit (und entsprechendes Geld) gewidmet werden.

Wir begrüßen die Rückkehr von Wolf, Luchs und Biber in unsere Region, nachdem sie vor Jahren ausgerottet worden waren. Artenschutz ist für uns ein sehr hohes Gut. Konflikte müssen behutsam gelöst werden. Es braucht ein Management, das sowohl die Natur und diese Tiere schützt, als auch die Bedürfnisse von Landwirt*innen, Fischer*innen und Jäger*innen adäquat berücksichtigt.

Sozialpolitik

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigen die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb fordert Die Linke eine kostenlose bzw. kostengünstige Daseinsvorsorge, z. B. vollständig gebührenfreie Kitas und Ganztagschulausbau mit gesundem und kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, wie z. B. Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen gewährt werden. Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe, etwa für Strom, Wasser, Müll mit Hilfe von Sozialtarifen, eine soziale Preisgestaltung einführen.

Für Die Linke bleibt es dabei: Statt Bürgergeld fordern wir eine bedarfsgerechte Mindestsicherung, die allen Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht. Wer immer noch denkt, dass eine knallharte Sanktionierung von Bürgergeldempfänger*innen eine Sache der Gerechtigkeit ist, der/die

übersieht, dass dadurch kein/e einzige/r Arbeitnehmer*in auch nur einen Euro mehr in der Tasche hat. Immer wieder ist zu hören oder zu lesen, dass Bürgergeldempfänger*innen sogar die Miete gezahlt bekommen. Dabei bleibt aber allzu häufig unberücksichtigt, dass die Mietzahlungen regional gedeckelt sind. In vielen Fällen müssen Bürgergeldempfänger*innen von ihrem knappen Budget noch Geld dazugeben, weil die Wohnung, in der sie leben, den Angemessenheitskriterien nicht völlig entspricht. Kaum in der Öffentlichkeit bekannt ist, dass vom ausgezahlten Bürgergeld auch die Stromkosten zu bezahlen sind. Wenn dann noch Sanktionen hinzukommen, würde das am Ende bedeuten, dass diese Menschen ganz bewusst zum Hungern gezwungen werden.

Damit soziale Hilfen auch alle erreichen, fordert Die Linke in den Kommunen eine flächendeckende soziale Gemeinwesenarbeit, die Kitas, Schulen, Beratung, Elternarbeit und die im Ort oder Stadtteil lebenden Menschen mit ihren Bedürfnissen und Anliegen einbezieht. Beratungsstellen und Treffpunkte vor Ort müssen entstehen. Ein regionaler Aktionsplan gegen Kinderarmut und Armut insgesamt liefert die Planungsgrundlagen für eine gerechtere Zukunft vor Ort.

Auch der Vogelsberg benötigt Begegnungsorte, offene Treffpunkte und gezielte inklusive Projekte, die soziale Isolation durchbrechen, Gemeinschaft fördern und Vereinsamung entgegenwirken, in jeder Stadt und in jedem Dorf.

Gegen den Rechtsruck und für eine starke Demokratie im Vogelsberg

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigen die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb fordert Die Linke eine kostenlose bzw. kostengünstige Daseinsvorsorge, z. B. vollständig gebührenfreie Kitas und Ganztagschulausbau mit gesundem und kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (über Büchereien, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen aus besonderen Anlässen, wie z. B. Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen gewährt werden. Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe, etwa für Strom, Wasser, Müll mit Hilfe von Sozialtarifen, eine soziale Preisgestaltung einführen.

Für Die Linke bleibt es dabei: Statt Bürgergeld fordern wir eine bedarfsgerechte Mindestsicherung, die allen Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht. Wer immer noch denkt, dass eine knallharte Sanktionierung von Bürgergeldempfänger*innen eine Sache der Gerechtigkeit ist, der/die übersieht, dass dadurch kein/e einzige/r Arbeitnehmer*in

auch nur einen Euro mehr in der Tasche hat. Immer wieder ist zu hören oder zu lesen, dass Bürgergeldempfänger*innen sogar die Miete gezahlt bekommen. Dabei bleibt aber allzu häufig unberücksichtigt, dass die Mietzahlungen regional gedeckelt sind. In vielen Fällen müssen Bürgergeldempfänger*innen von ihrem knappen Budget noch Geld dazugeben, weil die Wohnung, in der sie leben, den Angemessenheitskriterien nicht völlig entspricht. Kaum in der Öffentlichkeit bekannt ist, dass vom ausgezahlten Bürgergeld auch die Stromkosten zu bezahlen sind. Wenn dann noch Sanktionen hinzukommen, würde das am Ende bedeuten, dass diese Menschen ganz bewusst zum Hungern gezwungen werden.

Damit soziale Hilfen auch alle erreichen, fordert Die Linke in den Kommunen eine flächendeckende soziale Gemeinwesenarbeit, die Kitas, Schulen, Beratung, Elternarbeit und die im Ort oder Stadtteil lebenden Menschen mit ihren Bedürfnissen und Anliegen einbezieht. Beratungsstellen und Treffpunkte vor Ort müssen entstehen. Ein regionaler Aktionsplan gegen Kinderarmut und Armut insgesamt liefert die Planungsgrundlagen für eine gerechtere Zukunft vor Ort.

Auch der Vogelsberg benötigt Begegnungsorte, offene Treffpunkte und gezielte inklusive Projekte, die soziale Isolation durchbrechen, Gemeinschaft fördern und Vereinsamung entgegenwirken, in jeder Stadt und in jedem Dorf.

Migration

Das Asylrecht reicht nicht aus, um den vor allem durch den Klimawandel bedingten Flüchtlings- und Wanderungsströmen der Zukunft gerecht zu werden. Auch verhindert die unzulängliche Umsetzung integrativer Maßnahmen eine Einbürgerung der Migrant*innen, die ihnen und dem Bedarf der BRD gerecht wird.

Das Asylrecht muss um ein Einwanderungsrecht ergänzt werden, das eine schnelle und sinnvolle Einbürgerung dort, wo sie gebraucht und gewollt ist, ermöglicht. Die Linke setzt sich hierfür und für Maßnahmen, die zu einer verbesserten

und die Kompetenzen der MigrantInnen würdigenden Integration führen, ein, insbesondere die der Frauen: Hier sind Lehrerinnen, Friseurinnen, Erzieherinnen, Anwältinnen, Schneidermeisterinnen und Krankenschwestern eingewandert, die nicht im Beruf stehen. Männer finden eher als Handwerker und Hilfsarbeiter eine Anstellung.

Gesundheitsversorgung – gut und wohnortnah

Wir wollen ein gutes gesundheitliches Angebot durch die Vogelsberger Krankenhäuser, deren Bestand erhalten werden muss.

Unsere skeptische Haltung zu den Versuchen, das Alsfelder Kreiskrankenhaus mit größeren Kliniken der Nachbarschaft zu fusionieren hat sich als richtig erwiesen. Lange wurde von der Kreisspitze der Eindruck erweckt, ohne Fusion wäre das Kreiskrankenhaus in seiner Existenz gefährdet. Wir haben dem Neubau des Kreiskrankenhauses zugestimmt, da er die einzige Möglichkeit darstellt, die gesundheitliche Grundversorgung für die Vogelsberger*innen (insbesondere im Westen des Kreises) zu gewährleisten.

Wesentliche Aufgabe bleibt, dass die ständige Kommerzialisierung des Kreiskrankenhauses beendet wird. Sie dient nicht den Beschäftigten und schon gar nicht der Patientenversorgung. Dazu gehört vor allem, die Auslagerung von Aufgaben im Krankenhaus in Tochtergesellschaften zu beenden und die Beschäftigten wieder in den Tarif des öffentlichen Dienstes einzugliedern.

Mit der Schließung der Geburtsstationen im Kreis endete die geburtshilfliche Versorgung im Vogelsberg. Damit wurde nicht nur die Attraktivität des Landkreises empfindlich geschmälert. Vielmehr wurde ein Signal über die Wertigkeit von Frauengesundheit gesetzt. Mit der Ansiedlung eines Geburtshauses allein ist diese Versorgungslücke nicht zu schließen. Im Notfall muss eine Verlegung von Mutter und Kind in eine nahe Klinik gewährleistet sein, die entsprechende Hilfe leisten kann. Aus unserer Sicht ist daher nur die Schaffung einer neuen gynäkologischen Abteilung mit angegliedertem Kreißsaal im Kreiskrankenhaus Alsfeld eine sinnvolle und zukunftsgerichtete Lösung.

Eine wohnortnahe ärztliche Versorgung ist in manchen Teilen des Vogelsbergs längst nicht mehr gegeben. Ärzt*innen, die aus Altersgründen ihre Praxen aufgeben finden zumeist keine Nachfolger. Die Praxen fallen dann ersatzlos weg.

Schon 2016 hatten wir in unserem Kommunalwahlprogramm die Schaffung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren vorgeschlagen, um die Lage zu verbessern. Inzwischen haben wir die CDU-SPD-Koalition im Kreis bekehrt und das erste kommunale Medizinische Versorgungszentrum im Raum Freiensteinau / Grebenhain arbeitet. Aber dies wird nicht ausreichen, um alle Lücken zu schließen. Dazu bedarf es der Gründung weiterer kommunaler Praxen.

Zur weiteren gesundheitlichen Versorgung gehören mobile Medi-Busse, mit denen Ärzte in die Orte fahren und mobile Praxisassistenten, die die Ärzte bei Routine-Hausbesuchen entlasten können.

Der Arbeitskräftemangel im Vogelsberg ist vor allem in den pflegenden Berufen spürbar. Die Nachfrage nach qualifiziertem Pflegepersonal nimmt zu und kann nicht gedeckt werden, aber gleichzeitig gibt es zu wenig Nachwuchs in dem Beruf und wegen der enormen Arbeitsbelastung steigen auch etliche Fachkräfte aus den Pflegeberufen wieder aus.

Deshalb ist die Ausbildung und die Zusatzqualifizierung in pflegenden Berufen in der Vogelsberger Ausbildungsstätte entscheidend, um die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern und diese Berufe attraktiver zu machen.

Wir vertreten ein Konzept humaner Drogenpolitik der Vernunft: Hierzu fordern wir weitere Entkriminalisierung und die Stärkung von Präventionsangeboten. Auf kommunaler Ebene ist hier vor allem eine ausreichende Finanzierung von Präventions-, Beratungs-, Drugchecking- und Therapieangeboten notwendig.

In Bezug auf Cannabis fordern wir eine Erweiterung der Teillegalisierung durch zusätzliche Abgabemöglichkeiten und die Entbürokratisierung von Cannabis-Clubs.

Geschlechtergerechtigkeit

Auf Antrag der Fraktion Die Linke im Kreistag wurde vor Jahren ein Verhütungsmittelfonds für bedürftige Personen ins Leben gerufen. Dieser hat sich bewährt und muss fortgeschrieben werden.

Die CDU hat vor einigen Jahren das existierende Frauenhaus geschlossen. Auch unser Engagement in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass nun erneut ein Frauenhaus im Kreis eröffnet wird. Das ist ein wichtiger Schritt, den wir begrüßen.

Queeres Leben schützen und Bedingungen verbessern

Wir setzen uns dafür ein, dass die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung respektiert und aktiv gefördert wird. Die Überwindung bestehender geschlechtlicher Rollenzuschreibungen sowie die vollständige rechtliche Gleichstellung queerer Menschen sollte das Ziel aller Demokrat*innen sein. Die im Kreis bestehenden Treffpunkte und Beratungsmöglichkeiten müssen ausgebaut und verstetigt werden.

Bildung

Der Bildungserfolg ist in Deutschland stärker als in vielen anderen Ländern vom Bildungsstand und vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Nur ein kostenloser Zugang zu guter Bildung von Anfang an vermag dies zu durchbrechen. Wir brauchen daher einen flächendeckenden Ausbau von ganztägig arbeitenden Kinderkrippen und Kindertagesstätten, die sachlich, baulich und personell gut ausgestattet sind. Aus unserer Sicht muss das Land die Kosten der pädagogischen Arbeit für alle Altersklassen übernehmen.

Das Schulsystem braucht den Ausbau zu echten Ganztagschulen mit sportlichen und kulturellen Nachmittags- und schulischen Förderangeboten. Der hessische Pakt für den Ganztagsunterricht ist eine Mogelpackung. Er hilft manchen Erwerbstätigen aber einem echten Ganztagschulskonzept bringt er uns kaum näher. Weitere Schließungen von Schulen oder Schulzweigen lehnen wir ab, solange die Alternativen nicht eindeutig bessere Chancen für die Kinder darstellen. Insbesondere muss in jeder Großgemeinde mindestens eine Grundschule erhalten werden.

Um endlich mehr Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen, ist ein längeres gemeinsames Lernen über die vier Grundschuljahre hinaus dringend geboten. Das in Deutschland praktizierte frühzeitige Sortieren der Kinder in verschiedene Bildungsgänge hat sich als Sackgasse erwiesen.

In allen Bereichen der Bildung wollen wir die Inklusion weiter vorantreiben, aber bestehende Förderschulen so lange wie nötig erhalten. Inklusion bedeutet, dass alle Menschen ein Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe haben und entsprechend ihren individuellen Bedarfen gefördert werden. Hierzu müssen die Schulen räumlich und personell ausreichend ausgestattet werden.

Nach wie vor besteht ein enormer Investitionsstau im Bereich Schulen und Schulsportanlagen im Kreis. Dieser muss beschleunigt abgebaut werden.

Einmal täglich sollen die Kinder in Schulen und Kitas ein Mittagessen aus möglichst regional und in der Regel ökologisch produzierten Lebensmitteln erhalten. Dies müssen sich alle Kinder leisten können.

Gleiche Chancen für alle heißt auch kostenfreie Schülerbeförderung für alle.

Nur noch knapp über 40 Prozent der Kinder können nach der vierten Klasse schwimmen. Wir brauchen daher flächendeckenden Schwimmunterricht in allen Grundschulen.

Was Eltern für Schulbücher und andere Lernmaterialien ausgeben müssen, ist enorm. Dabei steht die Lernmittelfreiheit in Hessen sogar in der Verfassung. Wenn nun Bücher vermehrt durch mobile Endgeräte ersetzt werden, so müssen selbstredend auch diese kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dass im Vogelsberg an diversen Schulen Eltern für ihre Kinder Ipads kaufen müssen, ist skandalös. Selbst wenn es als Alternative parallele Klassen gibt, die konventionell mit Büchern arbeiten, verstärkt dies die Ausgrenzung und Marginalisierung weniger betuchter Kinder. Das Land muss in diesem Zusammenhang dringend die Lehrpläne und die Ausbildung der Lehrenden entsprechend anpassen.

Im Bereich der Berufsschulen müssen alle bestehenden Fachklassen im Kreis erhalten bleiben.

Inklusion

Die Linke fordert gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen durch das Menschenrecht auf Inklusion. Das bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Barrierefreiheit ist mehr als Rampen an Eingängen, abgesenkte Bordsteine und Ausbau der Bushaltestellen, aber selbst das wird permanent aufgeschoben.

Eine gelingende Inklusion benötigt eine solide finanzielle Basis für notwendige personelle Verbesserungen bei besseren Löhnen auch in der Behindertenhilfe. In Hessen werden die finanziellen Grundlagen im Landeswohlfahrtsverband, einem Zusammenschluss Hessischer Kommunen, geregelt. Die immer wieder erkennbaren Versuche finanzstarker Kommunen, den LWV aufzulösen oder zu schwächen, lehnen wir ab. Es braucht einen solidarischen, starken LWV, um auch in Zukunft gleiche Bedingungen für die Behindertenhilfe zu erhalten und somit die Umsetzung des Inklusionsgedankens in Stadt und Land zu ermöglichen.

Im Kinder- und Jugendbereich wurde die Behindertenhilfe bereits auf die Kommunen übertragen. Hier ist es den Linken ein wichtiges Anliegen, dass dies nicht zu finanziellen Kürzungen führen darf.

Die neue Aufgabenverteilung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt kreisfreie Städte und Landkreise sowie den Landeswohlfahrtsverband vor neue Herausforderungen. Die Umsetzung darf jedoch nicht dazu führen, dass Leistungen gekürzt oder den Betroffenen verweigert werden. Wir fordern kommunale Aktionspläne und Handlungskonzepte, um der Inklusion bzw. der „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ gerecht zu werden. Der Kreis braucht dringend einen Inklusionsbeirat, in dem nicht zuletzt die Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderungen vertreten sind.

Jugendförderung ausbauen

Auch jenseits von Schule und Bildung muss die Jugendförderung im Vogelsberg deutlich ausgebaut werden. Das Kreisjugendparlament kann Vorschläge, Ideen und Anträge an den Kreistag richten. Die Erwachsenenvertreter müssen sich mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen und haben die Pflicht, eine Antwort zu geben sowie eine ausführliche Begründung, wenn ein Vorschlag abgelehnt wird. Ein selbst zu verwaltendes Budget, um ihre Projektarbeit und ihre politische Arbeit effektiv gestalten zu können, betrachten wir als notwendig. Die Anträge des Kreisjugendparlamentes zur Abgabe kostenloser Hygieneartikel an Schulen und zum kostenfreien Schüler*innenticket für alle hat Die Linke im Kreistag befürwortet. Sie sollten endlich flächendeckend und umfassend realisiert werden.

Wir betrachten die Sozialraumorientierung als sinnvolle Grundlage auch in der Jugendarbeit.

Spielplätze sind in vielen Orten veraltet und langweilig. Hier muss der Kreis die Kommunen unterstützen, diese Spiel- und Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche zu modernisieren und attraktiver zu gestalten.

Ein Großteil der Jugendarbeit wird in Vereinen ehrenamtlich geleistet. Hier sollte der Vogelsbergkreis diese Vereine, bzw. deren Jugendreferentinnen insofern fördern, dass Schulungen und Austausche zu den neuen Herausforderungen

der Jugendarbeit durchgeführt werden. Hierzu gehören beispielhaft: interkulturelle Ansätze, Erkennung der Gefahren von Missbrauch oder Einbeziehung virtueller Angebote.

Aber auch Modelle generationsübergreifender Projekte in den Dörfern und Sozialräumen müssen gedacht und gefördert werden, z.B. Gemeinschaftsgärten, Mehrgenerationenhäuser, etc..

Deutlich erkennbare, zielgruppengerechte und -übergreifende Ansätze auch in der außerschulischen Bildungsarbeit bis hin zur Ausweitung der Angebote der Volkshochschule in diesem Segment sind erforderlich.

Volkshochschule stärken

Seit über 100 Jahren gibt es die Volkshochschulen in Deutschland. Sie sind die profilierten Einrichtungen der Erwachsenenbildung und einer der wenigen Orte, wo Bildung nicht mit beruflicher Qualifizierung endet.

In ihnen unterrichten hochqualifizierte Dozentinnen und Dozenten. Sie geben Integrationskurse, IT-Schulungen, unterrichten Fremdsprachen, vermitteln politische und künstlerische Bildung und Fertigkeiten oder leisten etwa eine nachholende Grundbildung in Schreiben und Rechnen.

Auf Initiative der Linken und der Grünen im Kreistag hat der Kreis einen Teil der Dozent*innen in den Integrations- und Alphabetisierungskursen in unbefristete Beschäftigung

eingestellt. Aber der größere Teil der dort Tätigen arbeitet freiberuflich.

Der Vogelsbergkreis sollte den eingeschlagenen Weg fortsetzen und weitere Dozent*innen vor allem in den Deutsch- und Alphabetisierungskursen fest anstellen.

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft ver.di, die eine höhere Bezahlung, soziale Absicherung sowie gesetzlich verbriefte Rechte auf Mitbestimmung für VHS-Dozentinnen und Dozenten fordert.

Ferner braucht es einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS-Lehrkräfte.

Sport

Der Sportentwicklungsplan für den Vogelsberg (ein Prozess, der u.a. auf unsere Initiative hin gestartet wurde) zeigt deutlich die eklatanten Mängel bei vielen Sportanlagen auf. Auch hier sehen wir einen gewaltigen Investitionsstau. Daher sollte nun eine Strategie entwickelt werden, wie es weitergeht. Stattdessen bleiben in den Turnhallen immer öfter die Duschen kalt. Da wird an der falschen Stelle gespart.

Ein erheblicher Teil des kulturellen Angebotes in unserem Kreis wird von Vereinen geleistet. Sie brauchen mehr Unterstützung, insbesondere für die Jugendarbeit, die Inklusion und Integration.

Die Frei- und Hallenbäder im Vogelsberg dürfen nicht Opfer der Kürzungspolitik sein. Der Schwimmsport sollte stärker

gefördert und bestehende Bäder müssen erhalten werden. Es sollten Möglichkeiten gefunden werden, in Schlitz wieder ein Hallenbad zu eröffnen.

Die Wiedereinrichtung einer Sportkommission im Kreis, eine alte Forderung von uns, hat sich absolut bewährt. Wir begrüßen die durch diese sowie den Sportkoordinator angestoßenen Entwicklungen im Bereich Inklusion, Seniorsport und frühkindliche Bewegungsentwicklung.

Spiel, Sport und Bewegung sind besonders geeignet das gegenseitige Kennenlernen und Zusammenwirken von Menschen mit und ohne Behinderungen aber auch die Integration von Migrant*innen oder Geflüchteten zu fördern.

Bauen und Wohnen

Das Thema Wohnen im Vogelsberg ist wichtig, wenn auch anders als in Metropolregionen wie Frankfurt. Bisher sind die Quadratmeterpreise für Mietwohnungen noch relativ erträglich. Die Probleme sind daher anders gelagert. Die meisten Gebäude sind Ein- und Mehrfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen, nur ca. ein Drittel der Wohnungen im Vogelsberg sind Mietwohnungen. In einigen Städten des Vogelsbergs, wie Alsfeld und Lauterbach, steigt die Einwohnerzahl leicht an und es wächst die Nachfrage nach Wohnraum.

Nahezu 60% der Wohnungen im Kreis sind über 40 Jahre alt und bedürfen vor allem aus Gründen des Klimaschutzes einer energetischen Sanierung. Dabei wollen wir die

Förderung von ökologischen Bau- und Dämmstoffen, Dachbegrünungen und Photovoltaikanlagen ausbauen. Diese Maßnahmen senken nicht nur die Heiz- und Energiekosten, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.

Die Nachfrage nach Wohnungen in den größeren Vogelsberger Städten wächst. Vor allem der Bedarf nach kleinen und preiswerten Wohnungen ist in der letzten Zeit gestiegen – ebenso wie der Bedarf nach seniorengerechten Wohnungen und neuen Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern, die ein solidarisches Miteinander ermöglichen. Wir

wollen diese Konzepte gezielt fördern, um soziale Teilhabe und gegenseitige Unterstützung zu stärken.

Eine Steuerung der Wohnungsbauentwicklung durch den Vogelsbergkreis in Form einer kommunalen Wohnungsgesellschaft oder der Beteiligung an den bestehenden Genossenschaften halten wir für äußerst wichtig. Denn das Bauen gehört aktuell zu den größten Ressourcenverbrauchern: 60 Prozent des weltweiten Materialverbrauchs und die Hälfte des Abfallaufkommens gehen auf das Konto von Bauaktivitäten. Deshalb setzen wir auf nachhaltige Bauweisen, Aufstockungen bestehender Gebäude statt Neubau auf der grünen Wiese sowie eine Wohnungsbaupolitik, die bezahlbaren Wohnraum schafft, ohne neue Flächen zu versiegeln.

Es ist darauf zu achten, nicht die Tür für Bodenspekulation zu öffnen und dennoch ausreichend preiswerte Wohnungen anzubieten. Die Verhinderung von weiterer Bodenversiegelung ist dabei wichtiger Aspekt. Finanzierungshilfen sollen die Sanierung leerstehender Häuser fördern, dabei das regionale Handwerk und die Fähigkeiten von Zugewanderten einbeziehen. So entsteht neuer Wohnraum, der insbesondere kinderreichen Familien – ob einheimisch oder zugewandert – ein Zuhause und bessere Integrationschancen in den Dörfern bietet.

Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sozial und ökologisch gestalten

Die öffentliche Verwaltung und Betriebe, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist, sollen als gesellschaftliche Vorbilder tarifliche, soziale und umweltschonende Standards einhalten. Das heißt beispielsweise Ausschluss von Lohndumping durch Leiharbeit und keine unnötigen Befristungen von Arbeitsverträgen. Das bedeutet auch klima- und umweltschonendes Arbeiten, Energieeinsparung und entsprechender Energiebezug.

Stopp für grundlos befristete Arbeitsverträge

Fast jeder zweite neue Arbeitnehmer hat in den letzten Jahren nur einen befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Besonders Jüngere sind davon immer stärker betroffen.

Staatliche Aufgaben sind in der Regel dauerhaft zu erledigen. Trotzdem ist die Befristungsquote im Öffentlichen Dienst höher als in der Privatwirtschaft.

Gerade junge Menschen brauchen Perspektiven, z.B. für die Familienplanung. Mit einem befristeten Arbeitsvertrag werden oft schon die Wohnungssuche oder der Versuch, einen Kredit zu bekommen zum Fiasko.

Sachgrundlose Befristungen müssen auch in der Kreisverwaltung weitgehend abgeschafft werden, Sachgründe gehören eng beschränkt und Kettenbefristungen verboten.

Reinigungskräfte beim Kreis beschäftigen

Die Linke fordert, die weitere Rekommunalisierung der Beschäftigten, die die kreiseigenen Gebäude reinigen. Die

Beschäftigung als Reinigungskraft in privaten Reinigungsfirmen ist oftmals von enormer Arbeitsverdichtung und niedriger Bezahlung geprägt. Vor diesem Hintergrund ist es auch schwierig, den Qualitätsansprüchen zu genügen. Wir fordern seit Jahren, die gesamte Reinigung von Kreisgebäuden zu rekommunalisieren.

Bei der Auftragsvergabe soll die Einhaltung sozialer, ökologischer und nachhaltiger Kriterien gefordert werden. Das bezieht sich im Sozialen vor allem auf die Einhaltung von Tarifbedingungen und des gesetzlichen Mindestlohnes, die berufliche Chancengleichheit für Frauen, Aspekte der Förderung von Benachteiligten, Beteiligung an der Lehrlingsausbildung. Das bedeutet im Bereich des Ökologischen vor allem Einsatz von ökologisch nachhaltigen Geräten und Produkten und die Beschaffung von fair gehandelten Erzeugnissen.

Beschäftigungsgesellschaft

Es war ein überaus großer Fehler seitens der CDU-SPD-Koalition, die Beschäftigungsgesellschaft „Neue Arbeit Vogelsberg“ der Insolvenz preis zu geben. Der Vogelsberg braucht für Benachteiligte auf dem Arbeitsmarkt und arbeitslos werdende Beschäftigte einen Integrationsbetrieb in kommunaler Hand.

Demokratie

Die neueste Überarbeitung der hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung verschlechtert die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort. Schon bisher gab es viel zu hohe Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, nun werden sie für viele Bereiche gänzlich gestrichen. Durch die Einführung des Auszählverfahrens nach d'Hondt werden die größeren Parteien bei der nächsten Kommunalwahl deutlich bevorzugt.

Die Linke setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, in die kommunalen Entscheidungsprozesse ein. Deshalb fordern wir vom Landtag ein kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab

dem 16. Lebensjahr und ein Petitions- oder Antragsrecht für die Bürger*innen.

Die hessische Landesregierung hat sich mit dem Thema der Behördentransparenz lange sehr schwer getan und hat dann doch im Datenschutzgesetz entsprechende Regelungen zur Informationsfreiheit aufgenommen. Allerdings müssten in Hessen die Kommunen, die Informationsfreiheit einführen wollen, auf der Grundlage des Gesetzes eigene Satzungen erlassen. Die Stadt Alsfeld hat schon seit langem eine solche Regelung. Die CDU/SPD-Kreisspitze wehrt sich hingegen vehement, mehr Transparenz zuzulassen. Das muss geändert werden.

Für eine solide Kommunalfinanzierung durch Bund und Land

Die hessischen Kommunen und Landkreise sind weiterhin strukturell unterfinanziert. Es fehlt eine krisenfeste, solide Grundfinanzierung für die kommunalen Aufgaben. Die Situation hat sich für die meisten Kreise, Städte und Gemeinden in den letzten Jahren eher noch verschlechtert. Daran wird auch das geplante Investitionspaket nichts Grundlegendes ändern.

Es müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen, langfristige Investitionsprogramme sowie ein Steuerrecht, das öffentliches Handeln stärkt, geschaffen werden.

Wir fordern die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Kommunalwirtschaftssteuer. Aufgaben, die Kommunen

im Auftrag von Bund und Land ausführen, müssen vollumfänglich von diesen finanziert werden.

Wir setzen uns für echte Bürgerhaushalte ein. Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Einsparungsmaßnahmen mitverantwortlich zu machen. Es ist daher unabdingbar, dass allen in jeder Phase eine breite und aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte Informationen zur Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind, dem Votum der Menschen zu folgen.

Sparkasse

Die Sparkasse Oberhessen gehört den Wetterauer und Vogelsberger Bürgerinnen und Bürgern. Sparkassen sind in der Theorie und laut Sparkassengesetz dem Gemeinwohl verpflichtet. Im geschäftspolitischen Alltag verhalten sie sich nicht wesentlich anders als rein renditeorientierte Privatbanken.

Ihren öffentlichen Auftrag beschränken sie auf Sponsoring, Kulturförderung und Spenden an Initiativen und Vereine, dies vornehmlich aus dem Vermögen der Sparkassenstiftungen.

Der Sparkasse Oberhessen geht es trotz lang andauernder Niedrigzinspolitik wirtschaftlich gut. Die Bilanzsumme betrug 2024 über 6,2 Milliarden Euro. Der Gewinn lag bei 12,5 Millionen Euro.

Seit vielen Jahren schon fordert Die Linke, dass die Sparkasse den Eigentümerkreisen aus diesen Gewinnen einen angemessenen Anteil für die Kreishaushalte ausschüttet. Seit 2019 gibt es eine solche Gewinnausschüttung an den Wetterau- und den Vogelsbergkreis. Für die Entlastung der kommunalen Haushalte ist es wichtig,

dass es bei einer angemessenen Dividende an die Eigentümerkreise bleibt.

Gerade in der ländlichen Region muss die Sparkasse wohnortnah präsent sein. Besonders ältere Menschen nutzen nicht die Online-Angebote der Bank. Deshalb sollten Filialen erhalten und mobile Serviceangebote für die Dörfer ausgebaut werden.

Die Kosten für Konten und Dispokredite sind oftmals gerade bei den Sparkassen im Vergleich zu anderen Banken zu hoch. Besonders Basiskonten beispielsweise für Bezieher

von Transferleistungen sollten die günstigsten Konten im Angebot sein.

Zum Leitbild der Sparkasse sollte gehören, ihren Kunden nur ökologische, soziale und ethische Geldanlagen anzubieten. Der auf Initiative unserer Kreistagsfraktion beschlossene wissenschaftliche Bericht über die Rolle der hiesigen Sparkassen im Nationalsozialismus muss endlich fertiggestellt werden, die örtlichen Volks- und Raiffeisenbanken sollten dem Beispiel folgen.

Digitale Teilhabe sicherstellen

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft hat auch Auswirkungen auf die Kommunen und Kreise. Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle Menschen von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren können und gleichzeitig der Schutz der Persönlichkeits- und Freiheitsrechte gewahrt bleiben. In der Abwägung zwischen technischer Innovation und Schutz der Persönlichkeitsrechte wird Die Linke im Zweifelsfall den Schutz der Persönlichkeitsrechte vorziehen. Gleichzeitig muss bei allen Neuerungen überprüft werden, ob mit der Einführung einer neuen Technik nicht Personengruppen ausgegrenzt werden. Besteht diese Gefahr muss sichergestellt sein, dass auch analoge Wege weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Digitale Erreichbarkeit und digitale Angebote müssen flächendeckend verfügbar sein. Nur so lassen sich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen gewährleisten.

Für Die Linke ist es entscheidend, auf diesem Weg allen Menschen eine digitale Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehört der flächendeckende Versorgung mit gigabitfähigen Breitbandanschlüssen als Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge, die nicht einem profitorientierten Markt überlassen werden darf. Ein Glasfaseranschluss muss jede Wohnung und jeden Betrieb im Vogelsberg direkt erreichen und nicht wie aktuell oft immer noch mit deutlichem Leistungsverlust nur den nächsten Verteilerkasten. Ebenso muss es bei dem Mobilfunknetz sein. Eine Handynutzung muss nicht nur da möglich sein, wo es sich lohnt, sondern überall dort, wo es benötigt wird.

Die Linke unterstützt die Bereitstellung von kostenlosem WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen, sowie Initiativen, die neben den öffentlichen WLAN-Anbietern, auch privat WLAN-Zugänge bereitstellen. Die Linke steht für Digitale Bildung für alle und setzt sich dafür ein, dass auf kommunaler Ebene, über die kommunalen Bildungsträger, wie die Volkshochschulen und Jugendzentren, über Vereine und Initiativen vielfältige Angebote zum Umgang mit digitalen Inhalten gefördert werden. Hierzu gehören Einsteigerangebote für Netz-Senio-

r*innen ebenso wie Angebote zu Hatespeech, Cybermobbing oder dem Daten- und Persönlichkeitsschutz. Auf Grund der bereits stattfindenden Digitalisierung der Kommunen stehen die Städte, Landkreise und Gemeinden mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) vor neuen Herausforderungen. Das OZG verpflichtet die Kommunen alle Angebote, von Abfallversorgung bis Zulassung von KFZ, auch digital anzubieten. Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass neben neuen, digitalen Zugängen auch immer die bestehenden analogen Möglichkeiten bestehen bleiben, es darf keinen Zwang zur Nutzung digitaler Wege geben. Ziel ist es, den Bürger*innen die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern, indem Behördengänge z.B. mit elektronischen Angeboten vereinfacht werden. Dies darf aber nicht dazu führen, das Personal abgebaut, Öffnungszeiten gekürzt oder Bürgerbüros im ländlichen Raum geschlossen werden. Alle digitalen Portale müssen so gestaltet sein, dass das Prinzip der Barrierearmut bereits in der Konzeptphase berücksichtigt wird. Alle Menschen müssen gleichberechtigt und diskriminierungsfrei an der digitalen Kommunikation teilhaben können.

www.linke-vogelsberg.de

 [linke_vogelsberg](https://www.instagram.com/linke_vogelsberg)